

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 12.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241.

Hannover
Sonnabend, 14. Juni 1902.

Geschäftsrate pro 3 gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolaisstr. 46.

11. Jahrg.

Die Kriegervereine mobil gegen uns!

Auf dem letzten Verbandstage der Kriegervereine der Provinz Brandenburg wurde zum Ausschluß unserer Verbandsmitglieder aufgefordert. Als Grund zu dieser Aufforderung soll angegeben worden sein, unser Verband habe 20 000 Mk. zur Unterstützung der von allen reaktionären, völkseindlichen Elementen gebildeten Wahlrechtsbewegung in Belgien gegeben. Ist diese Behauptung wirklich gefallen, so ist sie ein deutlicher Beweis dafür, wie mangelhaft unterrichtet unsere mannigfachen Feinde sind; denn wir haben keinen Pfennig nach Belgien gesandt.

Weiter hat der Preussische Landes-Kriegerverband an die nachgeordneten Verbandsvorstände das folgende Rundschreiben gerichtet: „Der im Jahre 1890 gegründete Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ mit dem Hauptstz in Hannover und zahlreichen Zahlstellen im Reich ist zwar ein auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung entstandener gewerkschaftlicher Zentralverband, der nach § 2 seiner Statuten auf Grund des § 152 der Reichsgewerbeordnung unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen lediglich die allseitige Vertretung seiner Mitglieder bezwecken will. In Wahrheit sind aber der Verband und seine zahlreichen Zahlstellen durch und durch sozialdemokratischer Natur und verfolgen sozialdemokratische Zwecke. Der Verband wurde von einem rührigen sozialdemokratischen Agitator, dem Schuhmacher Brey in Hannover, gegründet und wird jetzt von ihm geleitet. Die Inhaber der Zahlstellen und die in den Versammlungen auftretenden Redner sind durchweg zielbewusste Sozialdemokraten. Sämtlichen zahlenden Mitgliedern wird das von Brey redigierte, in Hannover erscheinende, ausgesprochen sozialdemokratische Verbandsorgan „Der Proletarier“ unentgeltlich geliefert. Es ist, wie auch das preussische Oberverwaltungsgericht in dem Urtheil vom 27. März 1900 dargelegt hat, unzweifelhaft, daß der Verband durch den Betrieb dieses Blattes die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei nachhaltig fördert. Unter diesen Umständen ist es nicht zulässig, daß Mitglieder der Kriegervereine des Preussischen Landes-Kriegerverbandes zugleich jenem Arbeiterverbande angehören. Sie setzen sich vielmehr dadurch mit den vom Koffhäuserbunde aufgestellten Grundsätzen, mit den §§ 2 Cc und 6 der Satzungen des Preussischen Landes-Kriegerverbandes in Widerspruch und müssen deshalb, wenn sie nach zuvoriger kameradschaftlicher Belehrung und Verwarnung nicht aus dem Arbeiterverbande ausscheiden, aus dem Kriegerverein ausgeschlossen werden. Wir ersuchen Sie demgemäß, alle Verbands- und Vereinsvorstände Ihres Bezirks im Sinne des Schreibens zu verständigen und dafür zu sorgen, daß die gebotenen Maßnahmen ungesäumt durchgeführt werden. Die Durchführung unserer Vereine mit Mitgliedern jenes Verbandes bedeutet für den Bestand und die Erhaltung unserer Vereine eine eminente Gefahr. Sollten einzelne Vereine ihrer Pflicht zur Ausschließung der in Betracht kommenden Arbeiter nachzukommen verweigern, so würde ihre Ausschließung aus dem Landesverbande bei uns zu beantragen sein. (§ 6 der Satzungen des Landesverbandes.)“

Die in diesem Rundschreiben niedergelegte Anschauung über die Ziele des Verbandes entspricht genau der Ansicht, die das Polizeipräsidium in Hannover über unseren Verband zu geben beliebt. Auf Grund dieser Ansicht hat auch das Oberverwaltungsgericht angenommen: „... Notorisch ist die genannte Zeitung (der „Proletarier“) eine sozialdemokratische. ...“ Hätte das Oberverwaltungsgericht sich die gesammten Jahrgänge des „Proletarier“ verschafft und deren Inhalt geprüft, so würde es gefunden haben, daß der „Proletarier“ das Koalitionsrecht für alle Arbeiter, also auch für die Landarbeiter, fordert, den Ausbau des Koalitionsrechts propagiert, für Weiterführung des Arbeiterschutzes eintritt, über die Lage unserer Kollegen informierende Artikel bringt, Informatives über den Arbeitsmarkt, die Geschäftslage mittheilt, zur Organisation, zum Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Verschlechterung derselben auffordert. Das war das Programm des „Proletarier“, das er schlecht und recht vertrat. Ein solches publizistisches Programm ist gewerkschaftlich, nicht sozialdemokratisch.

Aber die Kriegervereine wollen nicht, daß die Arbeiter ihre wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Inter-

essen vertreten, stehen doch in den Orten und Provinzen an der ersten Reihe Mitglieder der besitzenden Klasse, welche die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter als ihr unabänderliches Recht betrachten; Industrielle, Großgrundbesitzer, Vertreter des mobilen, des immobilien und des Handelskapitals, Handwerksmeister geben in den Kriegervereinen den Ton an. Daher ist nicht nur unser Verband den leitenden Personen in den Kriegervereinen verhaßt, sondern jede Gewerkschaftsorganisation; in Mecklenburg hat man die Mitglieder der Maurer- und Zimmerer-Verbände aus dem Kriegerverein ausgeschlossen, obwohl sie den „Proletarier“ nicht beziehen. Unsere Mitglieder hat man in Fürstenberg ausgeschlossen zu derselben Zeit, als viele von ihnen mit einer Lohnreduzierung beglückt worden waren! Die Arbeiter haben gewiß kein Interesse daran, Vereinen anzugehören, die offen und verkappt die Interessen der Ausbeutenden vertreten, und werden den Kriegervereinen den Rücken kehren, je eher, desto besser!

Anträge zum Vierten Deutschen Gewerkschaftskongress.

Punkt 10 der Tagesordnung.

Allgemeine Anträge.

Vorstand des Bergarbeiterverbandes: Der Kongress wolle beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, in allen Branchen eine Umfrage darüber zu veranstalten:

1. Wo und in welchen staatlichen und privaten Etablissements neben der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung noch anderweitige Pensionsanstalten für Arbeiter (Logen, Wahlfahrtskassen oder Pensionszuschüssen) existieren, und ob neben Invalidenpension auch eine Wittwen- und Waisenunterstützung eingeführt ist.

2. Ob und in welcher Höhe die Arbeiter Beiträge zu den betreffenden Kassen zu leisten haben.

3. Ob alle bei den betreffenden Etablissements in Arbeit stehenden Arbeiter als Mitglieder dieser Kassen einrichtung beitreten müssen oder ob es ihnen freigestellt bleibt, Mitglied zu werden.

4. Wie hoch die Gegenleistungen dieser Kassen sind.

5. Ob die Kassenmitglieder einen statutarischen Rechtsanspruch auf die Kassenleistungen haben oder ob die Verwaltung der Kasse nach Belieben handeln kann.

6. Ob den Arbeitern, wenn sie vor ihrer Pensionierung aus dem die Mitgliedschaft bedingenden Arbeitsverhältnis ausscheiden, entweder

a) ihre eingezahlten Beiträge zurückgestellt werden, oder

b) ob sie freiwillige Mitglieder der Kasse bleiben können und welche Beiträge sie als solche zu zahlen haben, und

c) ob sie als freiwillige Mitglieder noch das passive und aktive Wahlrecht für die Verwaltungskörper dieser Kassen besitzen.

7. Inwieweit die Pensionskassen mit anderen gleichartigen Kassen ein Vertragsverhältnis abgeschlossen haben, nach welchem den aus der einen in die andere Kasse übergehenden Mitgliedern bei der Pensionierung die in der früheren Kasse erworbenen Anrechte angerechnet werden.

8. Ob auch die Beamten der betreffenden Etablissements Mitglieder derselben Pensionskasse sind, zu welcher die Arbeiter gehören.

Die Generalkommission hat das durch die Umfrage gewonnene Material zusammenzustellen und zu veröffentlichen.

Ferner ist dem deutschen Reichstag das Material zu übermitteln, mit dem Ersuchen, die bei den Pensionskassen vorkommenden Uebelstände durch gesetzliche Maßnahmen zu beseitigen.

Insbondere sollen solche Kassen durch Gesetzesbestimmung gehalten sein, allen aus dem betreffenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Mitgliedern ihre eingezahlten Kassenbeiträge auf ihren Wunsch zurückzustellen. Bezichten diese Mitglieder auf die Rückzahlung ihrer Beiträge, so behalten sie die bis zum Austritt erworbenen Rechte an die Kasse, so daß sie bei später eintretender Erwerbsunfähigkeit Pension oder, im Falle des Ablebens, die Hinterbliebenen die ihnen zustehende Rente erhalten.

Ferner soll es auch allen aus dem die Kassenmitgliedschaft bedingenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Pensionskassenmitgliedern freistehen, Mitglieder der betreffenden Pensionskasse zu bleiben, unter Fortzahlung der Beiträge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge. Im letzteren Falle ist dann auch die zu gewährende Pension den Beitragsjahren entsprechend weiter zu steigern.

Schließlich soll auch bei solchen Kassen zu den Wahlen aller Kassenvertreter das geheime, direkte, gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Kassenmitglieder, einschließlich der freiwillig fortstehenden Mitglieder, gesetzlich eingeführt werden.

Vorstand des Buchbinderverbandes: Der Kongress erklärt, daß er, abgesehen von anderen dringend erforderlichen Änderungen der Gewerbeordnung, eine Revision des § 134b für notwendig hält, und zwar ist in diesen Paragraphen: 1. die Bestimmung anzunehmen, daß in Betrieben, wo beiderseitig angearbeitete Lohnarbeiten bestehen, bei der Art der Lohnberechnung dieselben zu Grunde zu legen sind; 2. daß bei Verwendung der Strafgelehrten den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht zusteht.

Vorstand des Verbandes der Graveure: Der Kongress wolle beschließen: Um den einzelnen Zentralorganisationen die unbedingt notwendige Kontrolle über die Berufskassen zu geben, sind alle Gewerkschaftsorganisationen verpflichtet, die

sich zum Eintritt Meldenden, für welche eine Zentral-Berufsorganisation besteht, abzulehnen und der zuständigen Zentralorganisation zu überweisen. Das Gleiche gilt auch für die bisherigen Mitglieder.“

Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin und München): Die Resolution Basse (Seite 211, Protokoll der Verhandlungen des dritten Gewerkschaftskongresses) ist aufzugeben.

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle München): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Zentral- und Branchen-Zentralverbände werden angewiesen, sich den Industrieverbänden anzuschließen, resp. sich zu solchen zu verschmelzen. Die Generalkommission wird beauftragt, im Sinne dieses Beschlusses vorzugehen.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Gießhacht und Zahlstelle Schweinfurt): Der Kongress wolle beschließen, daß die Verbände der ungelerten Arbeiter sich zu einem Zentralverband zusammenschließen sollen.

Vorstand des Verbandes der Futtmacher: Der Kongress wolle beschließen: Von Mitgliedern, welche in Folge Berufswechsel ordnungsgemäß aus ihrer bisherigen Organisation ausscheiden und einer anderen Organisation beitreten, darf kein Eintrittsgeld erhoben werden. Jede durch die Generalkommission vertretene Gewerkschaftsorganisation hat einen diesbezüglichen Passus in ihren Satzungen aufzunehmen.

Holzarbeiterverband (Zahlstelle Guben): Der Kongress er sucht die Gewerkschaften, zu beschließen, daß bei einem Berufswechsel der Uebertritt in eine für den neuen Beruf existierende, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation ohne Erheben von Eintrittsgeld erfolgt und daß die Jahre der Zugehörigkeit zur ersten Organisation beim Uebertritt in die letztere angerechnet werden, da sonst die Mitglieder der durch die Länge der Zeit erworbenen Rechte ohne jede Gegenleistung verlustig gehen.

Holzarbeiterverband (Zahlstelle Wilhelmshaven): Der Kongress beschließt: Mitgliedern einer Organisation ist es bei eventuellem Berufswechsel gestattet, in die Organisation des neuen Berufs mit den in der Organisation des alten Berufs erworbenen Rechten überzutreten, sofern sie ihren Pflichten in der alten Organisation genügt haben.

Verband der Buchbinder (Zahlstelle Hamburg): Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: Die in der Generalkommission vereinigten Gewerkschaften Deutschlands gründen einen Unterstützungsfonds in der Form einer Zuschußkasse auf zentralistischer Grundlage, aus welchem die Gewerkschaftsgenossen im Falle der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefall und dauernder Erwerbsunfähigkeit unterstützt, resp. auf bestimmte Zeit eine Unterstützung gewährt werden kann.

Gewerkschafts-Kreis Erimmischau: Der Kongress wolle beschließen, daß die Maifeier in Zukunft durch Arbeitsruhe begangen wird.

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Stettin): Der Kongress erklärt: „Es ist dringend wünschenswert, die Maifeier noch imposanter als bisher, insbesondere noch mehr durch Arbeitsruhe zu begehen. Da das Unternehmertum von Jahr zu Jahr schärfere Maßregeln zur Unterdrückung der Maifeier ergreift, sind die Gewerkschaften zu Gegenmaßnahmen gezwungen.“

Als ein Mittel, in diesem Sinne zu wirken, empfiehlt der Kongress den Gewerkschaften das Nachstehende:

1. In allen Betrieben, auf allen Bauten und Wertplätzen u. s. w., wo drei Fünftel und mehr der dort beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entschieden sich die Majorität für die Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschluß zu fügen.

2. Aussperrungen und Maßregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen seitens der Arbeiter beantwortet werden.

3. Die wegen der Maifeier Gemahregelungen sind von ihren Organisationen ausreichend zu unterstützen. Sofern die Geldmittel einer Organisation durch die Durchführung dieser Bestimmungen zu sehr angegriffen werden, wird denselben empfohlen, durch Ausgabe von Maimarken die entstandenen Kosten zu decken zu suchen.“

H. Quist (Metallarbeiter) Kiel: Der Kongress wolle beschließen, auf die Tagesordnung des 5. Gewerkschaftskongresses zu setzen: Die Beschränkung des Zuganges zu einigen Gewerkschaften durch Ausstellung von Lehrlingskassen und verwandte Maßnahmen.“

Zur Frage der Arbeitslosen-Unterstützung.

Da als sehr wichtiger Punkt auf dem diesjährigen Verbandstage die Bedeutung der Arbeitslosen-Unterstützung verhandelt wird, so diskutiert man jetzt in den Zahlstellen hauptsächlich über dieselbe. Bei diesen Erörterungen ist immer zu beobachten, daß ein großer Theil der Mitglieder einen sehr kleinlichen Standpunkt einnimmt. Ältere Mitglieder sprechen nur darüber und suchen klarzulegen, daß, wer dem Verbandsam längsten angehört, auch eine höhere Unterstützung zu beanspruchen hat. Jüngere Mitglieder dagegen vertreten den Standpunkt: „Gleiche Brüder, gleiche Kassen.“ So geht das Gerede hin und her, nur denkt Niemand daran, daß wir so weit noch gar nicht sind. Wir haben zu erstern: „Ist die Arbeitslosen-Unterstützung durchführbar oder nicht? Oder ist sie innerhalb der uns gesteckten Ziele vortheilhaft oder nicht?“ Das ist durchführbar ist, hat ja, wie Jedem bekannt ist, die Statistik ergeben. Ueber Nützlichkeit derselben gehen die Ansichten sehr auseinander. Ein Theil der Kollegen behauptet, die Arbeitslosen-Unterstützung ist Sache des Staates, wir müssen ihn durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung seiner Verpflichtung, für die Opfer der heutigen Weltordnung zu sorgen. Der zweite Theil behauptet: „Unser Verband

verliert den Charakter einer Kampforganisation, er sinkt zu einer Unterstüßungsarmee herab. Der dritte Theil sagt: Wir verlieren zu viel Mitglieder, denn eine große Anzahl unserer Kollegen ist so schlecht gestellt, daß sie die zu erhaltenden Beiträge nicht bezahlen können. Die Gründe der ersten Gegner haben entschieden etwas Wahres an sich. Gewiß hat der Staat die Verpflichtung, für die Opfer der heutigen Weltordnung zu sorgen, aber dazu ist doch nicht ein Jeder geneigt, auch lange auf eine staatliche Arbeitslosen-Unterstützung zu warten. Als z. B. vor Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes Tausende von Arbeitern die freien Hilfsklassen gründeten, waren eben diese freien Hilfsklassen der Hauptanstoß zum Krankenversicherungsgesetz, und gerade so wird es mit der Arbeitslosen-Unterstützung sein. Dem zweiten Theile der Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung ist aber zu entgegen, daß den kämpfenden oder kriegsfähigenden der Siege erstrebt wird, wenn eine gute Sanitätskolonne vorhanden ist, um die Verwundeten und Kranken gut zu versorgen; geheilt, können sie die Reihen der Kämpfer wieder anfüllen. Unsere Verwundeten im Klassenkampf sind die Gemüthregerten und Streikenden, welche durch den Streikstand aufrecht erhalten werden und dadurch den Reihen der Kämpfer erhalten bleiben. Unsere Kranken sind die Arbeitslosen; diese Reihen der Kämpfer zu erhalten, muß ein Arbeiter-Unterstützungsfonds geschaffen werden. Die dritten Gegner haben meinem Erachten nach leider zu viel Wahrheit in ihren Gründen. Darum könnte meiner Meinung nach für unseren Verband nur fakultative, d. h. freiwillige, und nicht die obligatorische, d. h. erzwungene Arbeitslosen-Unterstützung in Frage kommen, und zwar aus folgenden Gründen: Diesen Kollegen, die erhöhte Beiträge nicht leisten können, ist nur durch den Verbleib im Verbands eine bessere Stellung zu erlangen und dadurch die erhöhten Beiträge zu leisten möglich. Zweitens haben diejenigen Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung, die den Verband nur als Kampforganisation ansehen, Gelegenheit für diese schlecht gestellten Kollegen zu kämpfen. Mit der Zeit würden diese Kollegen auch von der Mäßigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung überzeugt werden und würde sich ihr Austritt verhindern lassen. Fälle, wie sie zur Zeit im Metallarbeiter-Verbande vorkamen und zur Gründung von Lokals-Organisationen führten, würden vermieden. Da unsere Mitglieder sich aus den verschiedensten Arbeitszweigen und aus allen Gegenden Deutschlands, wo die Löhne und Arbeitsbedingungen so verschieden sind, zusammensetzen, wäre für uns die fakultative Unterstüßung die zweckmäßigste. Bei anderen Verbänden liegen die Verhältnisse eben ganz anders, da mag ja die obligatorische Arbeitslosen-Unterstützung angebracht sein, für uns paßt sie aber nicht. Mögen die Kollegen in allen Jahrestellen des Reiches meinen Vorschlag beraten, und wenn möglich, in verbesserter Form zur Ausführung bringen.

H. K.

Soziale Rundschau.

Im Herzogthum Braunschweig sind nicht weniger als 38 Zuckerraffinerien vorhanden, und zwar 32 Kohlenzuckerfabriken und 6 Raffinerien, sowie eine Melasse-Entzuckerungsanstalt mit dem Strontianitverfahren, welche nahezu 6000 Arbeiter beschäftigen. Die Fabriken verarbeiten durchschnittlich 15-16 Millionen Zentner Rüben und erzielen eine Ausbeute von ca. 2 Millionen Zentner Rohzucker. Die Melasse-Entzuckerungsanstalt verarbeitet jetzt ungefähr 850 000 Zentner Melasse. Sie stellt nur weiche gemahlene Zucker in allen Störungen her und produziert jährlich ca. 345 000 Zentner Zucker. In derselben werden ca. 470 Arbeiter ohne Unterbrechung das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Während die Größe des Herzogthums ungefähr 1/10 des gesammten deutschen Reiches ausmacht, beträgt sein Antheil in der Gesamtzuckerproduktion ca. 1/10. In den Raffinerien werden etwa 1 Million Zentner Zucker gewonnen, wovon ca. 150 000 Zentner ausgeführt werden.

Ein harter Rückgang macht sich nach einer Mittheilung der „Schw. Ztg.“ aus Blaubeuren auch in der württembergischen Zementfabrikation in Folge der schlechten Zeiten bemerkbar. In zwei Fabriken sind zusammen gegen 180 Arbeiter entlassen worden; eine dritte Fabrik hat den Betrieb ganz eingestellt. Weitere Arbeiterentlassungen sollen bevorstehen.

Verkauf der Kalkwerke Gine. Die bei Daniels an der Straße Hannover-Steinstraßen liegenden Kalkwerke Gine gehen in englische Hände über. Eine am 28. Mai in Hannover abgehaltene Generalversammlung genehmigte den ihr vorgeschlagenen Verkauf des gesammten Werks an ein englisches Konsortium für die Summe von 1,8 Millionen Mark.

Vom sozialen Kampfplaye.

In Hamburg legten wegen Lohnunterschieden die auf der Dampfäcker- und Journalermeißerei von L. H. Radge u. Kessen, Ausschlägerallee, beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder. Schon seit Jahren bemängeln sich die Arbeiter, die Klassenlöhne zu besitzigen. Die Firma beschäftigt 70 Arbeiter. Die älteren werden mit 30, 33, 35 und 37 Pf. pro Stunde, die jüngeren mit 20, 22, 25 und 27 Pf. bei einständiger Arbeitszeit entlohnt. Der Firma wurde von Seiten der Arbeiter ein Schreiben übermittelt, worin der Lohn wie folgt bestimmt war: Für die Bleichschneider, Dampfmaschinen- und Arbeiter 40 Pf., für Bodenarbeiter 25 Pf. pro Stunde und Einführung der zehnständigen Arbeitszeit. In einer am Sonnabend, den 31. Mai, abgehaltenen Verhandlung zwischen den Firmenrätern und der Lohnkommission der Fabrikarbeiter Hamburgs kam eine Vereinbarung zu Stande, dieselbe ging aber den Arbeitern nicht weit genug, worauf sie die Arbeit einmüthig niederlegten.

In Barden und Regis sind die Ziegler in den Streit getreten.

In Stuttgart haben 40 auf der Zuckerraffinerie beschäftigte Kollegen wegen des unzulässigen Verhaltens eines Unterarbeiters die Arbeit niedergelegt und dessen Entlassung gefordert. (Besser wäre es gewesen, sie hätten den „Kollegen“ links liegen lassen.)

In Radeburg waren im Lagerwerke Differenzen ausgebrochen, die indes geschlichtet wurden. Die Güterarbeiter mußten sich einem Lohnabzug gefallen lassen.

Die Differenzen in Potsdam, Schönebeck und Nowawes sind noch nicht beendet. Zuzug nach vorstehenden Orten ist fernzuhalten.

Die Müller und Hilfsarbeiter der Humboldt-Mühle in Regal bei Berlin hatten am 20. Mai die Arbeit niedergelegt. Seit Jahren hofften die durchweg 15-20 Jahre in demselben Betriebe thätigen Arbeiter, daß die Direktion ihnen Lohnzulage gewähren werde, freilich — trotz verschiedener Versprechungen — bis heute vergeblich. Der Stundenlohn der ältesten Arbeiter betrug 35 Pf., der der Neuzutretenden 30 Pf. Die Arbeitszeit war offiziell 12 Stunden, jedoch waren Ueberstunden keine Seltenheit; es kamen tägliche Arbeitsperioden von 15 und mehr Stunden vor. Von den 16 Hilfsarbeitern waren leider nur 4 organisiert. Sie forderten 35 Pf. Stundenlohn, bisher 30 Pf., zehnstündige Arbeitszeit, bisher 12-13 Stunden; für 10 Stück Sacke zu verpacken 2 Mk., bisher 1,50 Mk.; Kohlen karren für 60 Jtr. 1 Mk., bisher 70 Pf.; für Ueberstunden 40 Pf. mehr. Der Streit ist beendet, die Forderungen der Arbeiter sind nicht alle, wohl aber zum Theil bewilligt worden.

In der Rauchwaarenzurichterei von A. Langer in Martraspfad legten am 13. Mai die Arbeiter die Arbeit nieder. Die Differenzen sind inzwischen geschlichtet worden.

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. In der Pfingstwoche tagte in Berlin der Delegirtenkongress des Gewerkschaftsbundes der Schlosser und Maschinenbauer. Während der Tagung erhielt der Delegirte Hartmann von Dortmund vom Eisen- und Stahlwerk Gieseler in Dortmund, auf dem er seit zwölf Jahren ununterbrochen thätig war, die Nachricht, daß sein Gesuch um Verlängerung des Urlaubs abgelehnt, er selbst dagegen entlassen sei; sein Lohn werde, der Arbeitsordnung gemäß, um sechs Tage gekürzt werden. Der Delegirtenkongress beschloß einstimmig ohne Diskussion, das Mitglied Hartmann als gemüthregelt zu betrachten, ihm die entsprechende Entschädigung und den Rechtschutz zu bewilligen. — Und in Zukunft wird man weiter über die Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit deklamieren.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Eine eigenartige Auffassung von dem preussischen Versammlungsgesetz scheint die Polizeiverwaltung in Danow zu haben. Für diesen Ort ist eine öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung geplant, Arrangeur dieser Versammlung ist natürlich eine einzelne Person. Der Kollege Hemig hatte in einer Versammlung bekannt gegeben, daß die geplante öffentliche Versammlung wahrscheinlich Ende Mai tagen würde. Darauf erhielt er folgendes polizeiliches Schreiben:

In der am 27. v. Mts. hier bei der Wittwe Bahl stattgehabten Arbeiter-Versammlung haben Sie die Mittheilung gemacht, daß eine Frau Zieg aus Hamburg hier Ende Mai einen Vortrag halten würde. Ich benachrichtige Sie, daß ich von dem Herrn Regierungs-Präsidenten die Anweisung erhalten habe, dies gemäß § 8 letzter Absatz des Gesetzes vom 11. März 1850 nicht zu dulden und gegebenen Falles die Versammlung aufzulösen.

Die Polizei-Verwaltung.
Dr. Kannenberg.

Der Herr Regierungspräsident und die Polizeiverwaltung werden sich dann, wenn die Androhung wahr gemacht wird, schon den Nachweis gefallen lassen müssen, daß der angezogene Absatz des § 8, der von Sitzungen politischer Vereine redet, nicht auf eine öffentliche Versammlung angewandt werden kann. Uebrigens nehmen ja in Berlin Frauen an den Sitzungen des politischen Bundes der Landwirthe Theil, und es ist der Wunsch des Polizeiministers, die Theilnahme an Versammlungen politischer Vereine nicht nur als Vorrechte der Damen vom Adel gelten zu lassen. Wie kann man da den Proletariatsmännern die Theilnahme an einer öffentlichen Versammlung wehren wollen.

Gewerkschaftliches.

Der Jahresbericht des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1901, der beiden erscheinend ist, enthält folgende bemerkenswerthe Angaben:

Der Verband hat in 411 Verwaltungsjahren und 47 (sächtlichen) Mitgliedschaften 102 905 Mitglieder. Das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 2200 Mitgliedern. — Die größten Verwaltungsjahre sind: Berlin mit 21 524, Hamburg mit 6499, Nürnberg mit insgesamt 1847, München mit 3075, Leipzig mit 3493, Dresden mit 3210, Magdeburg mit 2700, Chemnitz mit 2123 Mitgliedern. Der Verband hat seinen Mitgliedsbestand trotz der Krise, von der ja die Metallindustrie besonders schwer betroffen ist, ungeachtet gehalten im Gegensatz zur Krise Anfang der 90er Jahre, wo ein Rückgang zu verzeichnen war. — Der Mitgliedsbestand wuchs in Ginnahme und Ausgabe die Summe von 1 880 995,61 Mk. auf. Unter den Ausgaben befinden sich: Kapitalbestand vom vorigen Jahre 571 602,61 Mark, Beiträge von den monatlichen Mitgliedern 1 241 891,30 Mk., von den weiblichen Mitgliedern 11 171,40 Mk. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: für Agitation 44 911,31 Mk., für die Zeitung 89 182,14 Mk., für Reisekosten 108 625,19 Mk., für Ortsamerikung 311 549,07 Mk., für Sachamerikung 197 161,09 Mk., für Rothkranzamerikung 50 658,35 Mk. Verstanden ist ein Rückstand von 678 688,44 Mk. — Bekanntlich führte der Verband im Jahre 1899 die Arbeitslosenunterstützung ein und gelangte die erste Unterstüßung derselben 10 Pf. Beitrag pro Woche und Mitgliedern vorzulegen waren, so handelte es sich um 100 000 Mitgliedern pro Woche für die Arbeitslosenunterstützung die Summe von jährlich 400 000 Mk. zur Verfügung. Es sind ausgegeben 311 549 Mk.

Das Resultat stellt sich also günstiger, als es nach dem Resultat der ersten Unterstüßung angenommen war, und zwar trotz der Krise. Damit hat sich die Arbeitslosen-Unterstützung als durchführbar erwiesen.

Der Zentralverband deutscher Wäcker hat auf seiner in Braunschweig stattgefundenen Generalversammlung die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung mit 23 gegen 11 Stimmen beschlossen.

Die dritte Generalversammlung des Handlungshilfs- und Gehilfen-Verbandes tagte am Pfingsten in Halle a. S. Vertreter waren 14 Orte. Von den Statutenänderungen ist von Interesse, daß der Beitrag für weibliche Angestellte auf 60 Pf. pro Monat festgesetzt wurde, und daß die Arbeitslosen-Unterstützung nach 14tägiger Arbeitslosigkeit gezahlt werden soll.

Der Kongress der Steinarbeiter Deutschlands, welcher in Leipzig abgehalten wurde, beschloß nach längerer Beratung über die Organisationsfrage und Unterstüßungsmaßnahmen mit 37 gegen 5 Stimmen, einen Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands zu errichten. Der neue Verband soll die Vortheile einer festeren Zentral-Organisation gegenüber der bisherigen losen Vereinigung bieten, um dem Katernahmerthum geschlossen gegenüberzutreten zu können.

Korrespondenzen.

Berlin. In einer am 1. Juni, Mittags 12 Uhr, tagenden öffentlichen Versammlung referirte Kollege Bruns über Unfallverhütungsvorrichtungen und Unfallversicherungen der Firma Schering in der Theorie und Praxis. Die Versammlung wurde für notwendig gehalten, weil am 21. Mai auf genannter Fabrik ein Arbeiter A. Hoff einen schweren Unfall erlitten hat, der, wenn man den Gewährsmännern Glauben schenken darf, wenigstens in seinen schweren Folgen hätte vermieden werden können. Der Arbeiter, der beim Schwerefall durch Ueberstehen des Sch. sich arg verbrüht worden ist, habe sich nicht retten können, weil die Erreichung des Ausgangs in Folge des Umstandes, daß im fraglichen Arbeitsraum Asten und Balkenlasten herabhängen, ihm erschwert war. In der Versammlung waren eingeladen der Gewerkschaftsleiter, die Doktoren, Chemiker und Direktoren der Fabrik. Es wurde geklagt, daß nach dem Unfall die Unfallversicherung der Betriebsleitung für den Betroffenen lediglich in einer telephonischen Anfrage nach seinem Befinden zum Ausdruck gekommen sei. Ferner wurde behauptet, man habe den Unfall geheim halten wollen, deshalb verlange es das Interesse der Arbeiter, über den Unfall zu reden und gleichzeitig die Anwendung der Unfallverhütungsvorrichtungen einer Besprechung zu unterziehen. Bei einer feiner letzten Revision soll der Herr Gewerkschaftsleiter nun verschieblich Veranlassung zu Monitis genommen haben, so soll er die Vermehrung der neuesten Ventilatoren, die großartig funktionieren, anempfohlen haben; die Vermehrung unterließ. Ist deren Anlegung der Gefährlichkeit zu thun? Im Folgenden, wo nur gepöhlte Fahren thätig sein sollten, wurden jugendliche Personen beschäftigt. Am Tage der Revision wurde wohl ein gepöhlter Fahrer eingestellt, er soll aber inzwischen bereits wieder gegangen und junge Leute wieder an dem Fahren thätig sein. In nächster Nähe des Antikammerlaufs liege ein großes Schmutzgrab, dessen Bedienung nicht immer an ihrem Platze sei. Die Wittve des Arbeiters Anabel, welcher bereits ein Jahr todt sei, habe Unterstüßung trotz ihres Begehrens nicht erhalten, man habe sie an die Armenverwaltung verwiesen. Auch auf Unfälle, wie den eingangs mitgetheilten, scheint nicht geachtet zu werden, denn es fehlte bei dem Transport des Verletzten an genügenden Quantitäten von Verbandswatte zum Einwickeln des verbrühten Mannes. In der Versammlung wurde sogar behauptet, es sei nicht einmal eine Samariterkolonne da. Was all dem Angehörigen ist ersichtlich, wie wichtig es ist, daß die in gewerblichen Betrieben beschäftigten Kollegen der Organisation sich anschließen.

Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, tagte im Volkshaus zu Charlottenburg unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Pohl eröffnete dieselbe am 9 Uhr, indem er mit kurzen Worten auf die Rolle des Hauses hinwies, das nun fortan als Verkehrs- und Versammlungsort dienen soll. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt uns Genosse Wabel-Mannasse einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Wie sich Menschen ihre Wäcker kaufen.“ Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Als Delegirter zum Verbandstag wurde Kollege Pohl aufgestellt, als Ersatzmann Kollege Kollowski. Kollege Scheel gab die Abrechnung vom 1. Quartal. Diefem wurde auf Antrag des Kollegen Schröder einstimmig Decharge erteilt. Den Geschäftsbericht gab Kollege Pohl. In unserm Siftungsfeft, welches am 15. Juni im Volkshaus stattfindet, wurde ein Komitee von 20 Mitgliedern gewählt. Alsdann wurden auf Antrag des Kollegen Scheel die gewesenen Kollegen Ingres und Julius Koppitz laut § 7 Absatz b ausgeschlossen.

Elberfeld. Am Donnerstag, den 15. Mai, Abends 9 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Böschke, Landbeschaufee 247, eine Extra-Mitglieder-Versammlung unserer Zahlstelle. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Herr Bauschler einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Utopie und Experiment oder Dichtung und Wahrheit.“ Redner führte folgende Rede aus: Utopie ist das Ideal eines Idealstaates und Experiment die Verwirklichung desselben. Schon in früheren Jahrhunderten haben Schriftsteller beschrieben, wie sich die Leute nach einer besseren Zukunft geseht haben. Während man in der damaligen Zeit wohl darüber schrieb, aber keine Versuche anstellte, sind im letzten Jahrhundert mehrfach seitens Privatpersonen Versuche gemacht worden, im Kleinen eine Gemeinschaft resp. Idealstaat zu errichten und sind dieselben zur Zufriedenheit ausgefallen. Immer und immer mühte darnach hingeküßelt werden, daß diese Versuche auch von Staats wegen unternommen würden, um an der Hand der erzielten Resultate eine Besserstellung der Arbeiterklasse zu ermöglichen. — In der Stichwahl zum demüthigen Gewerkschaftskongress erhielt Frau Zieg Hamburg 38 Stimmen, Kollege Müller-Flensburg keine Stimme. Die Wahl eines Delegirten zum Verbandstag wird zur nächsten Versammlung verschoben, da auf Antrag des Kollegen Schürer Protest beim Hauptvorstand gegen die Zusammenlegung unserer Zahlstelle mit Eppendorf und Winterhude erhoben werden soll, da letztere Zahlstelle nach ihrer Mitgliederzahl selbst zur Etablierung eines Delegirten berechtigt sei. Zum Schluß ersucht Kollege St., einem Mitgliede Unterstüßung zu gewähren; derselbe wurde damit an die Unterstüßungs-Kommission verwiesen.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 25. Mai, tagte im „Gewerkschaftshaus“ eine gut besuchte Kohlenarbeiter-Versammlung. Es wurde beschlossen, eine Petition an den Magistrat der Stadt Frankfurt zu richten. Dieselbe lautet: Die Unterzeichner sind in der Versammlung der Kohlenarbeiter beauftragt worden, an den verehrlichen Magistrat nachstehendes Gesuch zu richten. Im hiesigen Kohlenhafen sind ca. 300 Arbeiter bei 15 bis 16 Untertauern beschäftigt. Bei ihrer Arbeit, Ausladen der Kohlen aus Schiffen und Beladen der Offensbahnen, werden die Arbeiter außerlich am ganzen Körper mit Kohlenstaub beschmutzt und bedürfen hier zur Reinigung nach Berrichtung eines Tageswerkes am Kohlenhafen glauben wir kein Wort sagen zu sollen, sie wird wohl von allen Seiten anerkannt werden. Im Kohlenhafen fehlt es nun an jeder Beabeglegenheit. Die wenigen Brunnen genügen nicht einmal, um allen Arbeitern zu gestatten, sich nur den Kopf vom größten Schmutz zu reinigen. Aber selbst dann, wenn die Haut der Brunnen verneht werden würde, würden sie dem

Bedürfnis nicht genügend, das noch Reinigung des ganzen Körpers geht. Heute müssen viele Arbeiter auf die so dringende nötige Reinigung verzichten, weil die in der Stadt vorhandenen Absegelegenheiten schwer zu erreichen sind. Unsere Bitte geht nun dahin, der vereinigten Magistrat würde dafür sorgen, dass im Kohlenhafen bald eine Absegelegenheit geschaffen wird. — Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, diese Petition Magistrat und Stadtvorstand zu unterbreiten.

Freizeitmalde. Am 2. Pfingstfesttag, den 19. Mai, veranstaltete die Zahlstelle Freizeitmalde a. D. ein Gewerkschafts-Bergnügen, verbunden mit Musik und Kinderfest. Der Durchzug durch die Stadt sowie die Freigabe des Eigenes wurde von der Stadt bewilligt. Es gestaltete sich demzufolge der Ausflug zu einem wahren Volksfest. Im geordneten Zuge mit Musik ging es durch die Stadt und das Schöne war die Ordnungsliebe und Eintracht. Die sämtlichen Gewerkschaften sowie die Bürger der Stadt stimmten darin überein, die Arbeiter werden durch den Verband gebildet. Mit dem Ziele: „Auf Kameraden zum Einband, reichlich Euch alle geht die Hand“, wurde die Feier eingeleitet; nachdem Kollege W. auf die Zwecke und Ziele des Verbandes hingewiesen, unterhielten wir uns bis zum Abend im Freien. Nachdem unsere Kinder aus Hause gebracht worden, vergnügten wir uns bei Theater, Tanz und humoristischen Vorträgen bis zum nächsten Morgen. Den Nutzen haben wir. Die Zahl der Mitglieder schreitet stetig vorwärts.

Gesundheit. Vor 5 Jahren, am 24. Mai 1897, rief die Unglücksboothhaft von einer Explosion auf der Dynamitfabrik Schimmel in den Rauen... anseher Orts eine große Panik hervor. Es war ein Schuppen mit 5500 Nitroglycolum Dynamit in die Luft geflogen und dabei wurden 4 Personen (Familienväter) getötet und 20—30 Arbeiter verletzt. Heute ist wieder eine Explosion zu verzeichnen, der sechs Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Am 27. Mai, um 8 1/2 Uhr Morgens, wurde plötzlich eine gewaltige Detonation hörbar, der rasch aufeinander noch drei Detonationen folgten. Als die Beamten und Arbeiter der Fabrik nach der Ursache forschten, sah man über dem Terrain der Delfabrik III eine mächtige Staubs- und Dampfwolke schweben; sechs Häuser der Fabrik waren in die Luft geflogen. Auf welche Weise die Katastrophe entstanden ist, wird wohl nie aufgeklärt werden können, da die beteiligten Arbeiter bei der Explosion ihren Tod gefunden haben. Man nimmt an, daß die Explosion im Maschinenhaus, wo das Nitroglycerin gereinigt wird, ihren Anfang genommen und sich dann auf die Gelatine- und Nitrixhäuser übertragen hat. Sieben in derselben Anlage beschäftigte Arbeiter konnten sich retten; hiervon waren fünf in einem Säureschuppen beschäftigt, der durch den Luftdruck und die auf ihn herabprasselnden Trümmer zerstört ist. Die fünf Leute liefen sofort nach der ersten Detonation in die Rettungsöffnungen, die sich in den Wänden befinden, und kamen dadurch mit dem Leben davon. Die beiden anderen Arbeiter befanden sich gerade vor dem Anehaufe, als die Explosion erfolgte, sind aber vor dem Tode bewahrt worden. Die Wirkung der Explosion war eine furchtbare. Die betroffenen Häuser sind mit ihrem Inhalt in Atome zerstückelt; was sie gestanden haben, sieht man jetzt tiefe mit Grundwasser gefüllte Gruben. Die dicken Erdwände sind ebenfalls vollständig auseinander gerissen worden. Die sechs getöteten Menschen sind in so viele Theile zersplittert worden, daß man bis zum Abend des Unglückstages nur die Reste des Chemikers Berndt zusammenstellen konnte. Verwundet sind viele Angehörige, da die Trümmer der Häuser in meinem Umkreise zur Erde niederprasselten und der Luftdruck Alles, was ihm begegnete, mit furchtbarer Gewalt zu Boden schleuderte. Alle Verwundeten befinden sich jedoch in einem Zustande, der zu ernstlichen Besorgnissen keinen Anlaß giebt.

Gamm. Am 15. Mai tagte bei Herrn Sieberking unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Puls erstattete den Kartellbericht. Unter Arbeit hier am Orte wurde das Verhalten der Arbeiter in der Zutefabrik in Schiffsel beurteilt. Dieselben haben dort die Arbeit wegen Reduzierung der Löhne niedergelegt, trotzdem in einer Versammlung eine Resolution angenommen, worin betont wurde, daß wegen der schlechten Organisation der Arbeiter in der Zutefabrik es nicht möglich ist, in einen Streik einzutreten. Unter „Verschiedenes“ wurde der Betrieb der Maimarken demängelt, es wäre Pflicht eines Jeden, welcher am 1. Mai gearbeitet hat, eine Marke zu 50 resp. 35 Pf. zu nehmen, es werden diejenigen, welche es verfehlt haben, ersucht, dies nachzuholen. Zu der Dampfentour am 8. Juni wurde ein Festkomitee von 20 Mann gewählt. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab eine Einnahme von 123 Mk. und eine Ausgabe von 121,15 Mk. Ein Antrag des Vorstandes, den Ertrag der Maimarken und den Rest zu 100 Mark aus der Vorkasse zu nehmen und diese dem Streikfonds zu überweisen, wurde angenommen. In der Stichwahl zum Gewerkschaftssekretär erhielt Frau Zieh 67 und Müller-Hensberg 2 Stimmen. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Wiese gewählt.

Heilbronn. Wie überall, so ist auch hier die Geschäftskrisis nicht unbemerkt geblieben. Wenn auch zum Theil von Lohnreduzierungen und Arbeitszeitverfügungen nichts zu merken war, so mußten sich die Arbeiter eine doch viel brutalere Behandlung von Seiten gewisser Fabrikanten gefallen lassen, als zu Zeiten, in welcher nicht so viele Tausende von Arbeitslosen vorhanden sind. Und wer trägt die Schuld? Die Arbeiter selbst durch ihre Uneinigkeit und Gleichgültigkeit, es wäre sonst gar nicht möglich, daß a. B. in der Chem. Fabrik Heilbronn (Wein. Gem. Fabriken in Mannheim) so trostlose Zustände herrschen, wie sie kürzlich in der „Schwab. Tagwacht“ der Öffentlichkeit unterbreitet wurden. In dieser Fabrik, in welcher Ammoniahsoda-fabrikation betrieben wird, wird ohne Unterbrechung Tag und Nacht gearbeitet. Sonntags findet Wechselarbeit statt und müssen die Arbeiter der einen Schicht 24 Stunden arbeiten, ohne jedwede Vergütung über den gewöhnlichen Tagelohn. Um die Arbeiter dieser Fabrik machtlos zu machen, wird seit langen Jahren ein probates Mittel angewandt. Es bestehen hier nämlich zwei Prämiensysteme. Erstens werden Arbeiter, welche 5 Jahre in der Fabrik ohne Unterlaß beschäftigt sind, jährlich am 1. Mai mit zehn Mark! beschenkt. Dieses Prämiensystem kann jedes Jahr um 5 Mark gesteigert werden, vorausgesetzt, daß die Betreffenden auch häufig brav bleiben. Zweitens erhalten die Arbeiter zu ihrem taglichen Lohn eine Tagesprämie von 10 bis 40 Pf. und mehr. Dieser Verdienst wird jeden Montag zur Hälfte ausbezahlt, während die andere Hälfte einbehalten wird und jährlich am 1. Oktober zur Auszahlung gelangt. Dadurch ist aber dem Arbeiter die Möglichkeit genommen, zu einer ihm beliebigen Zeit das Arbeitsverhältnis zu lösen, wenn er nicht des sauren Verdienstes, welcher bis zu 70 Mark und mehr betragen kann, verlustig gehen will; denn verläßt der Arbeiter vor dem 1. Oktober die Arbeit oder wird entlassen, so erhält er nichts. Aber auch die übrige Behandlung hängt von dem Prämiensystem ab, wissen doch die Beamten bei jeder und wenn noch so unbedeutenden Gelegenheit mit nichts Anderem, als mit den Worten zu tönen: das kostet Ihnen; ich ziehe Ihnen an der Prämie ab. Aus diesen Umständen ist zu ersehen, daß diese Einrückung nur ein Mittel zum Zweck ist. Etwas haben solche Drohungen und das Fühlenslassen der Abhängigkeit bei den Arbeitern erreicht. Haben sich doch die Arbeiter mit wenigen Ausnahmen unserem Verband angeschlossen, wohl wissend, daß dadurch Arbeit so möglich ist, hier bessere, den Arbeitern würdigere Zustände zu schaffen.

Reiterbach a. M. Am Sonntag, den 1. Juni, Nachmittags, tagte im „Zam grünen Baum“ eine öffentliche Versammlung zur Wiedererrichtung einer Zahlstelle. Die Versammlung war vom Gewerkschaftskartell einberufen.

Trotzdem dieselbe schwach besucht war, wurde sie vom Vorsitzenden des Kartells, Kollegen Deil, um 5 1/2 Uhr eröffnet, und erstreckte sich auf die Errichtung einer Erzeuger-Offenbach in mehr als einhundert Mitglieder über: „Zweck und Nutzen der Organisation und der Kampf um Dasein“. Kollegin Tröger gestellte in treffender klarer Weise die Ausbeutungsmanner der hiesigen Walfabrikanten, sowie die der Farbwerke von Höchst a. M. und Wiesheim. In den Fabriken müssen die Arbeiterinnen 12—18 Stunden schaffen, Sonnabends mitunter die ganze Nacht, für den horrenden Tagelohn von sage und schreibe 1,20 Mark pro Tag. Daß durch derartige Ausbeutung der Arbeiterinnen den Frauen die Kraft ausgezehrt wird, welche die Frau und Mutter als solche braucht, müssen die Betreffenden am eigenen Körper spüren. Nur durch gemeinsames Vorgehen und festen Zusammenschluß in der Organisation konnte diesen Mißständen gesteuert werden, und forderte Rednerin die Anwesenden auf, sich in die Reihen des Arbeiterinnen-Verbandes aufzunehmen zu lassen, um gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen die Abschaffung dieser Mißstände anzustreben. Bekhäftigter Beilich lobte der Referent ihre wahrhaft zu Herzen gehenden Worte. Kollege Kaiser führte darauf noch kurz aus, daß die Anwesenden den von der Referentin gebrauchten Satz: „Alle Menschen, gleich geboren, sind ein abelig Geschlecht“ beherzigen möchten, und nicht weiter in ihren Arbeitgebern den Uebelmenten zu sehen, der mit der Arbeitskraft, dem ganzen Körper des Arbeiters machen kann, was er will, und daß diese keinen Gesandten noch Unterhändlern haben sollen, welche jedoch nicht mehr so mitmachen wollen, wie früher. Da eine Diskussion nicht weiter gewünscht wurde, wurden die Beitrittsklärungen vertheilt, und meldeten sich sofort 20 Kolleginnen und Kollegen als Mitglieder an.

Lehrte. Die Lage der Arbeiter in der Zement-Industrie, lautete ein Vortrag, den Drey am 25. Mai hier hielt. Auf der hiesigen Zementfabrik, die dem Sportsman Mannste früher zum Besitzer hatte, jetzt aber Aktienunternehmer ist, sind 240 Kollegen beschäftigt. Der ganze Betrieb lag bis zum 1. April still, man munkelt, daß er auch im Oktober wieder zum Stillstand kommen soll. Die Arbeiter der Portland-Zementfabrik „Germania“ in Misburg haben die gleiche Betriebsstörung. Vor Jahresfrist erhielten sie eine Lohnreduzierung von 5 Prozent, fast zur selben Zeit, als Herr Mannste zu dem Chinajunge eine Summe von 10 000 Mk. gegeben hatte. Unter den Versammelten befanden sich nicht weniger als fünf Meister! Redner führte aus: In der Herstellung des Zements herrschen die größten Betrübe vor, diese herrschen den Markt. In Erbsgräbereten, Zement- und Traßfabriken waren am 15. Juni 1895 in 239 Betrieben 20 809 Personen beschäftigt. Von Besten waren 19 286 in 78 Betrieben thätig. Daraus ergibt sich, daß alle Zementarbeiter bis auf 1523 in Betrieben mit über 51 Personen beschäftigt sind. Diese Betriebe sind mit den besten Maschinen ausgestattet, welche der Handarbeit nur ein engbegrenztes Gebiet lassen. Die Kapitalisten der Aktiengesellschaften sind bedeutend. Die Portland-Zementfabrik „Adler“, die im Jahre 1899 25 Prozent Dividende zahlte, hat ein Aktienkapital von 4 Millionen Mark. Die Zementfabrik in Gemmaro 5 400 000 Mark. Die hiesige Portland-Zementfabrik 8 Millionen Mark. Wenn man aber annimmt, daß so feine Unternehmungen auch ihre Arbeiter anständig bezahlen, so irrt man. Nirgends ist der Lohn so niedrig wie in der Zementindustrie, wo eine wahnsinnige Spekulation, eine strapuzlose Jagd auf Dividende den ganzen Markt verhungert hat. Wenn es a. B. vorkommen könnte, daß Fabriken, so jetzt wieder eine Zementfabrik in Gesele, den Zement weit unter den Herstellungskosten auf den Markt werfen, nur um die Konkurrenz zu verdrängen, so beweise das, was man den Arbeitern an Löhnen bieten könnte, denn nur durch deren schlechte Bezahlung sei ein solcher Preisdruck auf dem Zementmarkt möglich. Rohherabsetzungen, Betriebs-einsparungen, Entlassungen, das alles wurde den Zementarbeitern in den letzten zwei Jahren in reichem Maße beschert. Und da, wo man noch Frauen beschäftigt, wie in den schließlichen Fabriken, entlieh die männlichen Arbeiter, vermehrte aber die Zahl der weiblichen. So zählte der Fabrikinspektor auf einer schließlichen Fabrik im Frühjahr 887 männliche und 60 weibliche Arbeiter, im Herbst war die Zahl der männlichen auf 317 gesunken, hatte sich also um 70 verringert, die Zahl der weiblichen war auf 97 angewachsen, hatte sich also um 37 vermehrt. Trotz der Forderung der Fabrikinspektoren, Frauen in den Zementfabriken nicht zu beschäftigen! Frauen sind eben billiger, deshalb sind sie von den schließlichen Zementkolonnen begehrt, ebenso wie die ausländischen Arbeiter von ihnen umworben sind. Durch Ausspielen solch billiger und williger Arbeitskräfte konnten selbst in den guten Jahren die Löhne nicht steigen. Die Leiter der Zementfabriken rechnen auch von vornherein mit schlechter Bezahlung ihrer Arbeiter. In dem Geschäftsbereich einer Fabrik wurde das trocken und deutlich wiedergegeben: „Die Hauptsache ist, nur da Zementfabriken zu errichten, wo nicht zu kostspielige Arbeitskräfte vorhanden sind“. So wurde, diesem Grundjah entsprechend, dann auch bezahlt. In Berliner Fabriken gab es im Jahre 1896 für Brenner 3,64 Mk., im Maßbetrieb 2,91 Mk., für Maschinenbediener 3,25 Mk. Die übrigen Arbeiter erhielten natürlich bedeutend weniger. Der Lohn der Brenner schwankte zwischen 2,67 Mk. bis 3,50 Mk. In Lehrte wurden für Brenner 3 Mk., für Maschinenwärter 2,75 Mk. bezahlt. Im Doppelner Bezirk sind inzwischen die Schichtlöhne um 20 Pf. herabgesetzt worden. Gerade für diese ungeliebte Arbeit müßte die beste Bezahlung gewährt werden. Von der Hitze des Brennens fallen alljährlich Hunderte von Opfern an Hitzschlägen, mitunter mit tödtlichem Ausgang, zusammen. Die Staubentwidelung, die so enorm ist, daß in der Umgebung der Fabriken Dächer, Bäume und Sträucher grau gefärbt erscheinen, veranlaßt Brust- und Augenkrankheiten. Die Entstaubung der Betriebe durch Filter und Exhaustoren ist in den meisten Fabriken in erforderlicher Weise eingerichtet. Die Hitze und Staub die Gesundheit der Zementarbeiter untergräbt, dafür sei ein Zeugnis eines Berliner Fabrikinspektors angeführt. Nach diesem erkrankten im Jahre 1898 auf einer Berliner Zementfabrik von 499 Arbeitern 209. Also nahezu die Hälfte. Nach dem Gewerberath für Hildesheim erkrankten im Jahre 1898 von den in Zementfabriken beschäftigten Frauen 74 Prozent. Ein noch verächtlicherer Urtheil fällt die Statistik. Im Jahre 1891 waren auf 62 deutschen Zementfabriken 17 346 männliche und 772 weibliche Personen beschäftigt und gegen Krankheit versichert. Davon erkrankten 8739 männliche Arbeiter 111 753 Tage und 361 weibliche Arbeiter 6189 Tage. Auf jeden Arbeiter kamen 6, auf jede Arbeiterin 8 Krankentage. Das sollen die Arbeiter thun? Sich organisieren! Kampfen gegen den Lohn- und die Verdrängung der Arbeitszeit, für 36stündige Ruhezeit pro Woche, für Verbot der Frauenarbeit in der Zementindustrie und der Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren, für Sicherstellung des Vereinigungsrechtes gegen die Wachtelgüter der Direktoren und Meister, für Entstaubung der Arbeitsräume, zweckentsprechende Badeeinrichtungen und für bessere Bezahlung. Wenn die 20 000 Zementarbeiter in Deutschland sich um das Banner der Solidarität scharen, dann sind sie auch im Stande, bei besserem Geschäftsgange mit Hilfe der Vereinigung vorstehende Forderungen zu verwirklichen.

Solthausen a. M. Am 26. Mai tagte hier im „Katholische“ eine öffentliche Versammlung. Kollege D. Sach referirte über „Der Werth der Organisationen“. Einleitend legte er die wirtschaftliche Lage des Arbeiters dar, welche denselben häufig zwingt, recht verkaufliche Arbeitsverträge abzuschließen in der Voraussetzung, daß es nur ein Nothbehelf sei, um dann zu erleben, daß die freie Vereinbarung nur eine Illusion sei. Das Unternehmertum verdrängt es, aus der Nothlage der Arbeiter für sich Vorteile zu erzielen, indem durch Verdrängung der Löhne die Frauen der Arbeiter gezwungen seien, mit in die Fabriken zu gehen, welche dann den Unternehmern als billige Arbeitskraft willkommen wären. Gätten doch im Jahre 1899 im Königreich Preußen 3887 Fabriken mehr als im Vorjahre Arbeiterinnen beschäftigt, deren Zahl in demselben Zeitraum um 22 779 gestiegen sei. Wie dieser Zustand auf das Gelingen und die Stabilität der Familien einwirkt, zeige aus der Bericht der Aufsichtsbearbeiter für diesen Bezirk, wonach in diesem Bezirk 1762 verheiratete Frauen beschäftigt waren, welche noch nicht schulpflichtige Kinder bekämen, und zwar 825 Frauen hatten Kinder unter 2 Jahren und 937 Frauen Kinder von 2 bis 6 Jahren. Die Kinder von 1645 Frauen standen theilweise ohne Gehalt unter Aufsicht, die Kinder von 107 Frauen aber waren ohne jegliche Aufsicht. Wohl geben die Verwaltungen der Aktiengesellschaften der jährlichen Lohnsteigerung an, weil sie hierin gewöhnlich verpflichtet seien, aber über die Höhe der Bezahlung des einzelnen Arbeiters erfahre man ebensowenig, wie über die gestiegene Gewinnrate, die durch die Verbesserung der Produktionsmittel der Aktiendirektoren zu gute käme. Auch von den hiesigen Walfabrikanten lägen solche Berichte nicht vor. Jedoch sei von der hiesigen Walfabrikanten-Gesellschaft zu Hildesheim aus dem Jahre 1899 im Vergleich zum Jahre 1892 ein solcher Bericht vorhanden, welcher auch wohl für die hiesigen Verhältnisse maßgebend sei. Danach waren im Jahre 1892 937 Arbeiter, 1899 834 Arbeiter vorhanden. Während die Zahl der Arbeiter gesunken, ist die Produktion gewaltig gestiegen. Sie betrug im Jahre 1892 358 Kubikmeter Kalkstein und 27 Kubikmeter Kalk, im Jahre 1899 484 Kubikmeter Kalkstein und 37 Kubikmeter Kalk. Die Erhöhung der Löhne sei auf das maßhaltige Vorgehen der Arbeiter in dem Brüche zurückzuführen. Dieses würde auch hier geschehen und sei sofort zu beurtheilen. Die Zahl der Unfälle betrug im Jahre 1892 43. Danach dauerte bei einem der Festungsprojekte über 13 Wochen, einer verlief tödtlich. Im Jahre 1899 betrug die Zahl der Unfälle 31, war also absolut zurückgegangen, aber die schweren Unfälle hatten sich vermehrt, bei denen dauerte der Genesungsprozess über 13 Wochen, zwei verliefen tödtlich. Der Zusammenstoß in ihrer Organisation sollten die Arbeiter die Forderungen der Löhne verhindern, aber nicht die reduzierten Löhne dadurch zu erhöhen suchen, daß sie ihr eigenes Leben und das ihrer Kollegen aufs Spiel setzten. Nachdem Redner auf die Verdrängung des Bundesrats für Steinbrüche eingegangen war, bemerkte er, daß einzelne der Bauherren in den hiesigen Brächen der Verdrängung nicht entsprächen. Pflicht der organisierten Arbeiter sei es, dieser Verdrängung Geltung zu verschaffen. Zum 2. Punkt wurden drei Kollegen als Revisoren gewählt. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage erhielt Kollege Großmann-Hildesheim 26 Stimmen.

Schwabach. In einer am 25. Mai in der Saale „Zur Silbernen Kanne“ tagenden öffentlichen Versammlung sprach J. Simon-Kürnbach über: „Die wirtschaftliche Krisis und die Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen“. Der Redner behandelte das Thema in einem 1 1/2stündigen Vortrage. Zunächst erläuterte er das Wort Krisis und führte sodann aus, daß die gegenwärtige Krisis auf zwei Hauptursachen zurückzuführen sei, auf die politischen Wirren und Kriege und auf die Spannung zwischen Produktion und Konsumtion. Einzelne von der Krisis betroffene Branchen — Jagrads, Baubranche — näher schildern, kommt Redner dann auf den Aus- und Einfuhrhandel und er wähnt hierbei, daß Deutschland auf verdrängten im Ausland angefertigte Stoffe angewiesen sei, wie z. B. Gerbstoffe, Seide, Filzwaaren, Wolle u. s. w. Erste in Folge Verschönerung der Einuhr eine Störung im Bezug dieser Waaren ein, so hätten zunächst die betreffenden Industrien darunter zu leiden. Darum seien die Arbeiter gegen die Einführung von Zöllen, die die Bewegungsfähigkeit der Industrie gefährden, ebenso gegen Zölle, die das Brot verteuern. Von der gegenwärtigen Krisis sei zuerst die Metallindustrie betroffen worden, dann andere Branchen. Die Krisis habe dann rückwirkend die Produktion einzelner Gewerbe gehindert, wie Schuster, Schneider, Tischler u.; die Arbeiter hätten bei Herababinderung des Einkommens in erster Linie für die Lebensbedürfnisse zu sorgen. Redner steht auf dem Standpunkt, daß nicht eine Ueberproduktion, sondern eine Unterkonsumtion vorhanden sei und sühete zur Begründung dieser Ansicht verschiedene Ziffern vor. Dann bespricht er die große Schädlichkeit der Kartelle, wobei er behauptet, daß ganze Wagonladungen Rohle in Sandgruben wieder verankert würden, um den Preis für die Kohle in der Höhe zu erhalten. Die beste Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen sei die Herabminderung der Arbeitszeit in gleicher Weise, als die Verbesserung der Arbeitsmittel (Maschinen) erfolge. Die Arbeiter müßten ferner einsehen lernen, daß irgend eine Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht bestehe; die Interessen würden sich scheiden wie Feuer und Wasser. Der Unternehmer sei bemüht, seinen Betrieb so billig als möglich zu gestalten, durch die Maschinen soviel als möglich Waaren zu produzieren. Der Arbeiter hat das gegenwärtige Interesse. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit soll die Erhöhung des Lohnes Hand in Hand gehen. Schließlich ersucht der Redner, jedes Mitglied der Gewerkschaft müge bemüht sein, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter zur Gewerkschaft gehen und daß jedes Gewerkschaftsmitglied seine Pflicht erfülle.

Stahlfurt. Der Verkauf der Fabrik Maigatter, Green u. Cie. ist durch die Vereinigten Chemischen Fabriken zu Leopoldsdorf bewirkt worden. Dabei lassen letztere den Betrieb der Fabrik VII am 1. Juli bis auf Weiteres zum Stillstand kommen. Außerdem werden fortgesetzt Arbeiterentlassungen vorgenommen. Auf der einen Seite also erhebliche Betriebs-einsparungen, auf der anderen Seite Vergrößerung des Betriebes durch Ankauf anderer Establishments. Das ist so die in den Zeiten der Krisis übliche Politik, um die Löhne zu reduzieren und die Konkurrenten billig auszuverkaufen. Das Ergebnis ist: vergrößertes Profit. So dient selbst die Krisis, die den kleinen vernichtet, dem Großen zur Verwahrung seines Reichthums und seines Einflusses. Während auf allen unfernen Kapitalwerken die Tendenz zu Lohnreduzierungen sich mit ungehämmerter Gewalt durchsetzt, bietet Neu-Stahlfurt noch das erbauliche Schauspiel von zahlreichen Arbeiterentlassungen und vielfachen Forderungen.

Wolfsbühel. Eine wegen des herrlichen Wetters nicht sonderlich gut besuchte öffentliche Versammlung tagte hier am 1. Juni. Kollege Drey referirte über: „Die Folgen der Wirtschaftskrisis, besonders für die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Zement-, Zement- und Ziegel-Industrie im Bergbaugebiet Braunschweig“, und unterzog die lokalen Lohnverhältnisse und das Betragen der Inhabern des hiesigen Bergbaugebietes an private Unternehmer einer eingehenden Kritik. Der Leiter der Versammlung forderte zum Entschluß in den Verband auf.

Konferenz des Bundes 2.

Am 18. Mai (1. Pfingsttag) tagte in Helmsdorf die Gaukonferenz. Der Vorsitzende, Kollege Dohndorf-Draunschweig, eröffnete die Konferenz und ließ die Delegierten im Namen der heimischen Kollegen und des Saarverbandes willkommen heißen. Da nicht alle Delegierten erschienen waren, wurde erst in den 3. Punkt, „Bericht der Delegierten“ eingetreten. Gelesen waren am den 19. Pfingsttag des Bundes 17 Delegierte, die die ebenförmigen Zahlstellen vertraten. Außerdem der Vorsitzende und Kassierer.

Kollege Friede-Gelmsdorf berichtete, daß trotz vieler Schwierigkeiten der Polizei und Unternehmern die Aufsichtsbearbeitung vorwärts ging. Trotz des Abfalls der Belster Mitglieder habe die

Am 18. Mai (1. Pfingsttag) tagte in Helmsdorf die Gaukonferenz. Der Vorsitzende, Kollege Dohndorf-Draunschweig, eröffnete die Konferenz und ließ die Delegierten im Namen der heimischen Kollegen und des Saarverbandes willkommen heißen. Da nicht alle Delegierten erschienen waren, wurde erst in den 3. Punkt, „Bericht der Delegierten“ eingetreten. Gelesen waren am den 19. Pfingsttag des Bundes 17 Delegierte, die die ebenförmigen Zahlstellen vertraten. Außerdem der Vorsitzende und Kassierer.

Kollege Friede-Gelmsdorf berichtete, daß trotz vieler Schwierigkeiten der Polizei und Unternehmern die Aufsichtsbearbeitung vorwärts ging. Trotz des Abfalls der Belster Mitglieder habe die

Zahlstelle etwa 30 Mitglieder mehr als im Vorjahre. Müller-Plantenburg berichtet, daß die Lokalkasse seines Ortes sehr stark in Anspruch genommen sei durch die vielen zugewandten und ausgezogenen Mitglieder. Trotzdem ein Teil Mitglieder von der Plantenburger zur Habelander Zahlstelle übergegangen, hat die Zahlstelle noch etwa 100 Mitglieder. Gelphe-Braunschw. berichtet, daß der Aufschwung der Zahlstellen hauptsächlich der Hausagitation zu verdanken sei. Auch das Hilfskassenwesen habe sich gut bewährt. Pfeiff-Schöningen: Die Agitation sei dort schwer zu betreiben. Maßregelungen sind an der Tagesordnung. Mitgliederzahl beträgt 86. Schröder-Wolfenbüttel klagt über die Konzentration der Hausarbeit, worunter die freien Arbeiter schwer zu leiden haben. Appel-Thale: Hier läßt es sich die Behörde sehr angelegen sein, Handzettel zu konfiszieren und Vergütungen zu verbieten, angeblich, weil sie eine politische Tendenz hätten und noch dazu Frauen zum Vergütigen des Verbandes eingeladen seien. Eine Beschwerde an das Landratsamt Quedlinburg wurde verworfen mit der schon angeführten Begründung. Die Mitgliederzahl sei zurückgegangen, habe sich aber jetzt wieder. Trotz der Verteilung von 12 Prozent Dividende auf den Hüttenwerten sind den Arbeitern namhafte Abzüge gemacht worden. Die Meister betreiben lebhaft Agitation für den Hirsch-Dunder'schen Verband. Dampfzünde beschwert sich über die Lokaltreiberei seitens der Großbauern. Wegen der Lokalfrage sei manches zurückgeblieben. Fuchs-Gallensfeld: Durch den Druck der Arbeitgeber auf die Leitung der Zahlstelle habe diese oft gewechselt, was allerdings nicht zum Vorteil der Zahlstelle ist. Kunze-Harzberg: Die erst vor einigen Monaten gegründete Zahlstelle vertheilt sich auf sieben Ortschaften. Trotz dieser Schwierigkeit macht die Zahlstelle doch gute Fortschritte. Kauenberg-Steinkem: Die vielen persönlichen Stänkereien hätten auf die Entwicklung der Zahlstelle hemmend gewirkt. Zwei größere Agitationsversammlungen seien ziemlich resultatlos verlaufen. Eine Hausagitation soll jetzt vorgenommen werden. Gaspe-Holenberg schildert den Druck der Behörde auf den Wirt, um diesen zu veranlassen, sein Lokal wieder zurück zu ziehen, was jedoch in Folge der Einmüthigkeit der Kollegen nicht gelungen sei.

Darauf trat die Mittagspause ein. Nach dieser erstatteten die noch erschienenen Delegirten Wilms-Hasselfelde und Stauch-Habeland Bericht. In Rückland sind im letzten halben Jahre 52 neue Aufnahmen vollzogen worden. Allem Anschein nach geht die Sache gut vorwärts. Hasselfelde ist 1900 gegründet, hat sich aber gut entwickelt. Die Solidarität der Kollegen zeigte sich treffend bei der Regelung der Lokalfrage. An diese Berichte knüpfte sich eine rege Diskussion. Sodann erfolgte der Bericht des Gauvorsitzenden. Derselbe führte ungefähr folgendes aus: Die Thätigkeit des Gauverbandes war in diesem Jahre viel umfangreicher und vielseitiger, als im vorigen. 51 Sitzungen des Vorstandes haben stattgefunden, außerdem wurden Gauangelegenheiten in gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Ortsverwaltung der braunschweigischen Zahlstelle geregelt. An 16 Orten wurde der Versuch gemacht, Zahlstellen zu gründen, in drei mit Erfolg. An 61 Orten sind Mitglieder vorhanden. Die Zahl der Mitglieder im Gau betrug 1900 1455, 1901 2006, 1902 2724; im letzten Jahre eine Zunahme von 718 Mitgliedern. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im letzten Jahre von 142 auf 207 gestiegen. Vom 1. April 1900 bis April 1901 wurden 70 551 Wochenbeiträge, im letzten Berichtsjahre dagegen 103 457 gezahlt. Zu 39 Agitationsversammlungen wurden Referenten bestellt. Seitens des Gauvorsitzenden wurden 258 Briefe und Karten, 6 Depeschen, sowie 8 Mal Zirkulare und 14 000 Flugblätter an die Zahlstellen versandt. Redner bemängelt die laue Beantwortung der Briefe und Zirkulare seitens der einzelnen Bevollmächtigten. Redner empfiehlt die Aufstellung verschiedener Gesellschafter, da es nicht immer möglich ist, kritisch die bezüglichen Fragen zu beantworten. Mit dem letztjährigen Resultate könnten wir wohl zufrieden sein.

Der Kassendbericht schließt mit einer Einnahme von 631,43 Mark und einer Ausgabe von 510,35 Mark ab. Dem Vorstande wurde hierauf Entlastung erteilt. Der nächste Punkt: Agitation und innerer Ausbau des Verbandes, wird mit Punkt 5: „Berathung der eingegangenen Anträge“, verschmolzen. Die Debatte darüber, in der auch die Arbeitslosen-Unterstützung behandelt wurde, gestaltete sich zu einer sehr lebhaften und folgenreichen vom Gauvorstand eingebrachte Resolution wurde zum Schluß angenommen: „In Erwägung, daß die Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen nur dann die so notwendige Besserung erfahren können, wenn eine starke Organisation vorhanden ist, verpflichtet die Konferenz die Delegirten und auch die Mitglieder der Zahlstellen, mit aller Kraft an dem weiteren Ausbau des Verbandes zu arbeiten. Als Agitationsarten empfiehlt die Konferenz vor allen Dingen die Hausagitation; ferner Veranstaltung von Agitations-Versammlungen.“

Zur Schaffung und Erhaltung eines stabilen Mitgliederbestandes empfiehlt die Konferenz: 1. Abhaltung regelmäßiger Mitglieder-Versammlungen. 2. Einführung des Hilfskassen-Systems. 3. Aufschaffung einer Bibliothek. Die Konferenz beauftragt die Delegirten, zu veranlassen, daß in nächster Zeit in den Versammlungen der Zahlstellen Stellung zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung genommen wird. Eine weitere Resolution, die besagt, daß sich die Konferenz im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erklärt, jedoch diese nur durch Urabstimmung geregelt werden soll, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Hasselfelde, alle Ortsstellen jeder Zahlstelle einen Referenten zu stellen, wurde dem Gauvorstande zur Vertheilung überlassen. Ein Antrag Harzburg, auf dem Verbandstage zu besprechen, den „Proletariat“ als 8 Tage erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt. Ferner wurde der Gauvorstand beauftragt, alle Orte des Verbandes einen Jahresbericht den Zahlstellen als Probe zugestehen zu lassen. Darauf erklärten nach die Delegirten von Harzgerode und Holsen, welche später erschienen waren, Bescheid.

Die nächstjährige Konferenz findet in Harzburg statt. Der Gauvorsitzende schloß die Konferenz mit einer kurzen Ansprache.

Gau 16.

Die Konferenz waren 7 Zahlstellen durch 8 Delegirte vertreten. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht des Gauvorsitzenden über: „Der gewerkschaftliche Arbeitslosen-Verein“. Der Bericht führte aus, daß der Verein seit dem letzten Jahresbericht, die die Arbeitslosen-Unterstützung angeht, keine, wenig oder gar nicht mehr in Betracht zu kommen hat, daß viele Arbeiter aus Unwissenheit die Unterstützung nicht in Anspruch nehmen, die Organisation aber sehr mangelhaft und unklar ist. Der Gauvorsitzende beauftragt die Delegirten, zu veranlassen, daß die Ortsstellen die Arbeitslosen-Unterstützung in Frage kommen, wobei von 100 bis 200 Mark, was die monatliche Unterstützung des Arbeitslosen als Arbeitslosen-Verein vorzuschlagen ist, das Arbeitslohnverhältnis einzuhalten. Der 8. Punkt der Tagesordnung betraf den Antrag, welcher der Arbeitslosen-Verein in Harzburg, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150, 1200, 1250, 1300, 1350, 1400, 1450, 1500, 1550, 1600, 1650, 1700, 1750, 1800, 1850, 1900, 1950, 2000, 2050, 2100, 2150, 2200, 2250, 2300, 2350, 2400, 2450, 2500, 2550, 2600, 2650, 2700, 2750, 2800, 2850, 2900, 2950, 3000, 3050, 3100, 3150, 3200, 3250, 3300, 3350, 3400, 3450, 3500, 3550, 3600, 3650, 3700, 3750, 3800, 3850, 3900, 3950, 4000, 4050, 4100, 4150, 4200, 4250, 4300, 4350, 4400, 4450, 4500, 4550, 4600, 4650, 4700, 4750, 4800, 4850, 4900, 4950, 5000, 5050, 5100, 5150, 5200, 5250, 5300, 5350, 5400, 5450, 5500, 5550, 5600, 5650, 5700, 5750, 5800, 5850, 5900, 5950, 6000, 6050, 6100, 6150, 6200, 6250, 6300, 6350, 6400, 6450, 6500, 6550, 6600, 6650, 6700, 6750, 6800, 6850, 6900, 6950, 7000, 7050, 7100, 7150, 7200, 7250, 7300, 7350, 7400, 7450, 7500, 7550, 7600, 7650, 7700, 7750, 7800, 7850, 7900, 7950, 8000, 8050, 8100, 8150, 8200, 8250, 8300, 8350, 8400, 8450, 8500, 8550, 8600, 8650, 8700, 8750, 8800, 8850, 8900, 8950, 9000, 9050, 9100, 9150, 9200, 9250, 9300, 9350, 9400, 9450, 9500, 9550, 9600, 9650, 9700, 9750, 9800, 9850, 9900, 9950, 10000.

allgemeiner Anerkennung der Anwesenden. Zu Punkt 2 erhielt Kollege Grammer das Wort zur Berichterstattung des Gauverbandes. Redner führte an, daß sein Bericht nicht von sehr großer Bedeutung wäre, da es ihm durchaus nicht möglich gewesen wäre, die Agitation so zu betreiben, wie es hätte sein sollen. Es hätte ihm an Geldmitteln gefehlt, wodurch es in allen Zahlstellen nicht möglich gewesen wäre, den Bestand an Mitgliedern zu erhalten. Kollege Grammer stimmte wieder das alte Klageged (Das Einer dem Andern nachsingt, ob's stimmt oder nicht, ist gleich, A. B.) an, daß Kollege Brey sehr ungern mit Geld heranzürde, und so sei ihm alle Möglichkeit geraubt, um eine wirksame Agitation zu entfalten. Nachdem von verschiedenen Delegirten dieser Einwand energisch zurückgewiesen worden, versprach der Gauvorsitzende, immer wieder von Neuem an den Kollegen Brey heranzutreten um Bewilligung von Geldmitteln, weil gerade wir hier in Rheinland und Westfalen in einer schwarzen Gede sitzen, wo immer wieder von Neuem agitiert werden muß. Punkt 3. Die Delegirten erstatteten den Bericht aus ihren Zahlstellen, wodurch hervorging, daß die meisten Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand seien, was jedoch von einzelnen Delegirten durch ihren Bericht nicht anders als auf die schlechten Zeiten zurückzuführen sei. Kollege Otten war jedoch anderer Ansicht, indem er meinte, der Rückgang der Zahlstellen durch die Mitglieder sei nicht immer auf die Krise zurückzuführen. Es spielten hier manchmal Dinge mit, welche nicht vorans zu sehen seien. Besonders empfahl er den auswärtigen Delegirten, sich niemals betreffs Lokalfrage mit anderen Gemerkschaften einzulassen, sondern derartigen Sachen aus dem Wege zu gehen, da wir hier in Ehrenfeld die bittere Erfahrung gemacht hätten, daß durch die Lokalfrage unsere Zahlstelle bald in die Brüche gegangen wäre. Unter Punkt 4. Anträge, forderte die Zahlstelle Gelsen, die Konferenz möchte beschließen, daß der Hauptvorstand oder eine andere agitatorische Kraft zum Herbst den Gau durchziehe. Und vier Wochen vor der Zeit sollten die Zahlstellen davon in Kenntniß gesetzt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Zahlstelle Geseberg stellte den Antrag, den Beschluß der Dasselborfer Konferenz aufzuheben, die Agitationsmarken abzuschaffen. Der Antrag wurde mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt. Unter „Verschiedenes“ wurde die Zahlstelle Köln beauftragt, einen Delegirten zum Verbandstage nach Offenbach zu normieren. Den Ersahmann hat die Zahlstelle Geseberg zu stellen. Die nächste Konferenz ist in Essen.

Die Gaukonferenz des Gau 19

tagte am Sonntag, den 18. Mai, in Guttin im Lokale der Wittwe Struch, im Markt. Anwesend waren 11 Delegirte, welche die Zahlstellen Guttin, Geseberg, Hagen, Heiligenhagen, Lübeck, Neustadt i. S., Malente, Schlutup, Schwartau, Rensfeld, Selmsdorf, Stodsdorf und Umgegend und Bismarck i. M. vertraten; außerdem nahmen 3 Mitglieder des Gauverbandes an der Konferenz Theil. Nachdem der Gauvorsitzende Radde-Lübeck die Konferenz eröffnet und das Bureau sich zusammengesetzt hatte, führte er etwa folgendes aus: Seitens des Gauverbandes seien weder Mittel noch Mühe gescheut, um unsere Bestrebungen zum Segen des Verbandes vorwärts zu bringen. In neun Fällen haben die Zahlstellen einen Referenten vom Gauvorstand verlangt. Lohnforderungen sind nur vereinzelt vorgekommen. Aussperrungen trafen hauptsächlich die Zahlstelle Lübeck. In Heiligenhagen ist eine Zahlstelle gegründet worden. Der Kriegervereinsvorstand bewacht die Zahlstelle mit Argusaugen. Die Zahlstelle Travemünde ist leider wieder eingegangen. Alle Versuche, sie hochzuhalten, scheiterten an der Unthätigkeit der Kollegen. In Folge des gemerkschaftlichen Niederganges sind viele Zahlstellen, auch die Zahlstelle Lübeck, in Mitgliederzahl zurückgegangen. Es sind aber keine Mittel gescheut worden, die Mitgliederbestände zu erhalten. Am Schluß forderte Radde die Theilnehmer auf, kräftig für den Ausbau unserer Organisation thätig zu sein und wünscht, daß die Bevollmächtigten der Zahlstellen recht lange ihres Amtes walten möchten. Den Kassendbericht erstattete Kollege Müller-Lübeck. Die Einnahme ist 348,38 Mk., die Ausgabe 238,65 Mk., sodas ein Ueberschuß von 109,73 Mk. verbleibt. Die Berichte der einzelnen Delegirten waren nicht erfreulich. Die ungünstigen Verhältnisse übten auf eine Reihe von Zahlstellen einen ungünstigen Einfluß aus. An der sich dem Bericht anschließenden Debatte beteiligten sich die Delegirten recht lebhaft und Kollege Radde-Lübeck ließ die einzelnen Zahlstellen Revue passieren und unterzog deren Thätigkeit einer mehr oder weniger herben Kritik. Der Gauvorstand wurde beauftragt, Frau Bieg-Hamburg für eine Tour durch den 19. Gau zu gewinnen; wo keine Fälle sind, solle dieselbe in Mitgliederversammlungen sprechen. Beim Punkt Berathung der Anträge wurde der Antrag Geseberg, dafür zu stimmen, daß auf dem Verbandstage der Beitrag nicht erhöht werde, abgelehnt. Ein Antrag, dafür einzutreten, daß schon im ersten Jahr Lohnzuschüsse gewährt werden, wurde zurückgezogen. Der Antrag Stodsdorf: „Der Delegirte des 19. Wahlkreises ist zu beauftragen, dahin zu streben, daß Arbeitslosen- und Streikunterstützung schon für die erste Woche ausbezahlt wird“, wurde angenommen. Der Antrag Heiligenhagen: „Die Zahlstellen die hauptsächlich Saison-Arbeiter haben, sind insofern mehr zu berücksichtigen, als sie schon bei monatlicher Mitgliedschaft Lohnforderungen stellen können und Unterstützung erhalten“, wurde durch Ueberweisung an den Vorstand erledigt. Die nächste Konferenz wird in GutsMuth abgehalten. Der Sitz des Gauverbandes wird nach Lübeck verlegt.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 28. Mai folgende Beträge ein:

Bodenheim 47,85	Leititz 39,95	Sangenfelde 170,49
Osternode a. S. 50,-	Winterhude 100,-	Wahlungen 59,67
Gießen 25,52	Köln-Stranfeld 6,15	Schippel, Leipzig 135,49
Sarked 20,50	Wöhlitz a. M. 75,55	Callinchen 4,79
Freienwalde 100,-	Neu-Weißensee 178,10	Ostas 5,40
Stranitz 7,15	Hanau 3,-	Uetersen 60,08

Schluß: Dienstag, den 10. Juni, Mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher

Nr. 24 524, Ser. h. Ginf., ausgef. am 1. Juni 1901 in Ludwigshafen.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Siberach a. Rh. (Gau 13.) Fr. Schöninger, Krogenstraße 29 b.
- Lübeck. (Gau 15.) Christian Wöh, Backgasse 13.
- Galbe a. S. Friedr. Hölze, Schloßstraße 85.
- Hedderhagen. Friedrich Schweg, Mühlengasse 22, 2. Et.
- Konstanz a. Bodensee. (Gau 18.) J. Guttmann, Spanierstraße 15.
- Heiligenhagen. (Gau 18.) G. Rutz, Georgenstraße 14.
- Schwanniged. (Gau 13.) G. Rader, Spitzgasse.
- Sarel. Otto Feder, D e n n e r o g e bei Sarel.
- Weißmann. Joh. Brück, Wäfergasse 4.
- Weggen im Allgäu. (Gau 13.) G. Kriebel, Schriftfeger.

Erlöschene Zahlstellen.

Callinchen.

Sterbetafel.

09 334. Hermann Dito, geboren am 18. Juni 1862, eingetretet am 7. Januar 1894, gestorben am 4. Juni in Ragerdorf.
018 519. J. Rod, geboren am 2. November 1847, eingetretet am 1. August 1896, gestorben am 18. Mai zu Altona.
Heinrich Scharnberg, geboren am 18. Jan. 1872, eingetretet am 27. November 1897, gestorben am 26. Mai 1902.

Inserate.

Zahlstelle Barmbed.

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden statt am zweiten Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn Max Klupp, Diederichstraße 19. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist eingeladen und berechtigt, Anträge zu stellen. 1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Gelsenburg.

Unsere Verberge ist die Zentralverberge der Gewerkschaften, Pallestraße 29. Dasselbst wird das Mitgliedschaftsausgehakt. Versammlungen tagen im „Liwoll“. 175 Pf.]

Zahlstelle Fürstenberg i. Mecklb.

Ihren werthen Kollegen Carl Gorloff nebst Frau zu ihrer am 16. Juni d. J. stattfindenden silbernen Hochzeit sendet die herzlichsten Glückwünsche
F. Mitgliedenschaft Fürstenberg-Ravensbrück.

Unsere nächste Monatsversammlung findet nicht am 29. Juni, sondern Sonntag, den 6. Juli, Abends 6 Uhr, statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. 1,80 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Lägerdorf.

Nach schwerem, kurzem Leiden verstarb am Mittwoch früh unser treues Mitglied, der Kollege Hermann Otto im 40. Lebensjahre. Der Verstorbene war Mitbegründer unserer Zahlstelle. Ehret sein Andenken! 1,06 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Barmbed.

Sonntag, den 22. Juni 1902:
diesjährige Morgentour
mit 2 Musikkapellen und Banner nach dem direkt an der Bille belegenen großen Garten-Etablissement Wilschunde. Dasselbst Belustigungen aller Art. Die Kollegen der angrenzenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen. 3,30 Mk. Abmarsch: Morgens 5 1/2 Uhr. Das Fest-Komitee.

Zahlstelle Broikem.

Sonntag, den 29. Juni, Nachmittags 3 Uhr:
Sommervergnügen auf der Rothenburg
Bestehend in Konzert und Tanz. Hierzu ladet alle Kollegen und Kolleginnen freundlichst ein 1,20 Mk.] Das Komitee.

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Unser diesjähriges
Großes Waldfest
bestehend in Gesang, Konzert, Scheibenschießen, Laugenstechen, Kinder- und Volkbelustigungen, findet am Sonntag, den 22. Juni d. J., von Vormittags 10 Uhr ab in der Louisa statt. Erinnerungstark zu 10 Pf. hierzu sind bei allen bekannten Kollegen und Kolleginnen, sowie bei allen Beitragserhebern zu haben. Alle Kollegen und Kolleginnen, sowie deren Angehörige sind hierzu freundlichst eingeladen. 1,95 Mk.] Das Fest-Komitee.

Zahlstelle Hasselfelde.

Nachträglich senden Ihrem Bevollmächtigten Fritz Eul und seiner lieben Frau zu ihrer stattgefundenen Hochzeit die besten Glückwünsche 90 Pf.] Die Kollegen.

Zahlstelle Wühlendeb.

feiert am 22. Juni, Nachmittags von 4 Uhr ab, ihr
1. Stiftungsfest
im Lokale des Herrn Gerlach. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 1,20 Mk.] Das Komitee.

Zahlstelle Niederndodeleben.

Gewerkschaftlichen Glückwunsch unserm Verbandskollegen Friedrich Ruloff und seiner lieben Ghestan zu ihrer am 28. Juni stattfindenden silbernen Hochzeit. Wir lassen ihnen im Voraus zu dieser schönen Feier ein donnerndes dreimaliges Hoch ertönen. 1,35 Mk.] Die Kollegen.

Zahlstelle Potsdam.

Sonntag, den 2. Juni 1902, findet von 3 Uhr ab im Viktoria-Garten, Luisenstraße 32, ein
Sommervergnügen
verbunden mit Konzert und nachfolgendem Tanz statt. Den Ueberschuß erhält die Familie Schiffleger. Zu zahlreichem Besuch laden ein 1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Stettin.

Sonabend, den 21. Juni, Nachmittags von 4 Uhr an, findet unser
Sommervergnügen
im Lokale des Herrn Barow, Westender Gesellschaftshaus, Alleestraße 3-4, statt. Entree für Herren 1 Mk., jede zweite Dame 25 Pf. Zu regem Besuch laden ein 1,50 Mk.] Das Komitee.

Unsern Kollegen
H. Eisentraut und seiner jungen Frau zu der am 17. Mai stattgefundenen Hochzeit nachträglich die besten Glückwünsche. Die Mitglieder der Zahlstelle Bückow. 1,00 Pf.]